

## Der Countdown hat begonnen

WAHLKAMPFAUFTAKT IN GROSSBRITANNIEN – SPANNUNG UND UNGEWISSHEIT

**Mit der offiziellen Auflösung des britischen Unterhauses am 30.3. haben nicht nur 650 Abgeordnete ihre Büros räumen sowie ihre MP-Websites und Twitteraccounts aufgeben müssen. Es ist auch der offizielle Startschuss für die Wahlen am 7. Mai, deren Ausgang aktuellen Umfragen zur Folge so ungewiss wie selten zuvor ist. Wer letztlich als neuer Prime Minister in die Downing Street No.10 einzieht, dürfte aller Voraussicht nach nicht nur von der Wahl selbst, sondern auch von nachfolgenden Bündnis- oder Koalitionsverhandlungen abhängig sein.**

### Wahlkampfauftakt in Großbritannien

Die offizielle Auflösung des britischen Unterhauses markiert zwar traditionell den Beginn des rund 6-wöchigen „heißen“ Wahlkampfes. Allerdings hat dieser auf Grund des 2011 verabschiedeten „*fixed term parliament act*“ und damit der langfristigen Vorhersehbarkeit des Wahltermins faktisch schon im Januar 2015 begonnen. Die Ausgangslage war und ist so, dass die *Conservatives* mit David Cameron an der Spitze idealerweise den ungeliebten Koalitionspartner *Liberal Democrats* loswerden und mit eigener Mehrheit weiter regieren wollen, *Labour* mit Ed Milliband genau dies verhindern und selbst mit eigener Mehrheit die Regierung stellen will. Für die *Liberal Democrats* geht es darum, nach dem Wahldesaster bei der EU-Wahl weiter ein relevanter „Königsmacher“ im Parlament zu bleiben. UKIP will seinen Wahlsieg bei der EU-Wahl nun auch in Sitze im Unterhaus ummünzen und die schottische SNP versucht nach dem zwar verlorenen Referendum in Schottland aber enorm steigender Zustimmungsraten nun auch ihre Machtposition im britischen Unterhaus auszubauen und ggf. selbst zum Mehrheitsbeschaffer in einer Koalition aufzusteigen. Andere Parteien wie die *Greens*

oder die walisische *Plaid Cymru* dürften auch weiterhin auf Grund des britischen Wahlrechts (*first past the post*) nicht damit rechnen, nennenswerte Zugewinne im Parlament erzielen zu können.

### Umfragen

Alle relevanten Umfrageinstitute (YouGov, ICM, Lord Ashcroft, ComRes, Ipsos Mori) können bis dato keinen klaren und nachhaltigen Trend für einen Wahlsieger ausmachen. Die Werte schwanken ständig und sehen mal *Labour*, mal die *Conservatives* leicht vorne. Beide hängen jedoch in der Bandbreite zwischen 30 und 36% fest. Auch der von UKIP erhoffte Aufschwung zeichnet sich in den Umfragen nicht ab, vielmehr ist da seit der EU-Wahl eher ein stetiger Rückgang festzustellen. Sie liegen in den Umfragen bei 10 bis 15%. *LibDems* und *Greens* schwanken jeweils zwischen 6 und 8%.

Diese Werte sagen jedoch nur wenig über das tatsächliche zu erwartende Wahlergebnis im Sinne der Sitzverteilung im zukünftigen Parlament aus. Das britische nicht repräsentative Mehrheitswahlrecht macht komplexe Analysen in allen Wahlkreisen erforderlich, um tatsächlich verlässliche Hochrechnungen über die Sitzverteilung zu bekommen, die auf Grund zahlreicher sehr knapper Wahlkreise (*marginal seats*) von hoher Ungewissheit geprägt sind. Am besten sind diese Verzerrungen bei den kleineren Parteien sichtbar: Auch wenn *Greens* und *LibDems* prozentual nahezu gleichauf liegen, geht man davon aus, dass die *LibDems* zwar die Hälfte ihrer Sitze (derzeit 56) verlieren könnten (auf 25-30), die *Greens* aber im besten Fall den einzigen Sitz, den sie derzeit haben, halten könnten. UKIP käme selbst nach optimistischen Schätzungen nicht über 6-8 Sitze und die schottische SNP (die in den nationalen Umfragen in landesweiten Prozents gemessen gar nicht signifikant auftaucht) könnte in Schottland einen Erdrutschsieg erzielen und von den 59 schottischen Parlamentssitzen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

FERRIS STORKE

31. März 2015

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

zwischen 40 und 50 (derzeit 6) gewinnen. Eines verdeutlichen diese Umfragen aber bisher relativ deutlich: beide großen Parteien sind signifikant von einer absoluten Mehrheit entfernt, das erklärt die weiter unten beschriebenen Diskussionen und Spekulationen um mögliche Bündnisse und Koalitionen.

Und in Großbritannien lohnt sich traditionell auch bei den politischen Prognosen ein Blick auf die Wettbüros: Schon beim Schottland-Referendum im vergangenen September hatten diesen den Ausgang korrekt vorhergesagt. Die Buchmacher sehen derzeit Cameron leicht vorne aber eben auch ohne absolute Mehrheit.

### TV-Duelle

Die erste wirklich nennenswerte und auch medial breit kommentierte Auseinandersetzung fand im Rahmen des ersten TV-Duells statt.

Vorangegangene mediale Inszenierungen wie die „Küchenauftritte“<sup>1</sup> von Ed Miliband und David Cameron können wohl getrost als Wahlkampfeigentore gewertet werden, da an Stelle eines bemühten „down to earth“ Images im Falle Milibands die Erkenntnis übrig blieb, dass er in seinem Wohnhaus zwei Küchen hat (!) und Camerons Aussage, dass er nicht für eine dritte (!) Wahlperiode zur Verfügung stehen würde (und sich Teresa May, George Osborne oder Boris Johnson - in dieser Reihenfolge - als Nachfolger vorstellen könne), für allgemeines Stirnrunzeln sorgte und bei seinem Wahlkampfteam mittleres Entsetzen hervorrief.

In der letzten Parlamentsdebatte „*Prime Ministers questions time*“ vor der Parlamentsauflösung gelang hingegen Cameron ein Überraschungsangriff. *Labour* war nach ausweichenden Antworten des Schatzkanzlers Osborne davon ausgegangen, dass die *Conservatives* nach der Wahl die Mehrwertsteuer (VAT, derzeit bei 20%) anheben würden, um die Haushaltseinnahmen zu erhöhen. Entsprechende Wahlplakate wurden bereits vorgestellt und Ed Miliband drängte Cameron in der „*Question Time*“ zur Mehr-

<sup>1</sup> Gemeint sind inszenierte TV-Interviews in heimischer, privater Umgebung, bei Miliband in seinem Londoner Haus, bei Cameron in seinem Haus im Wahlkreis Witney in der Grafschaft Oxfordshire.

wertsteuererhöhung Position zu beziehen (wohl damit rechnend, dass auch er versuchen würde sich herauszuwinden). Stattdessen erfolgte der Gegenangriff. Cameron schloss die Erhöhung kategorisch aus und drängte *Labour* seinerseits sich zur Frage möglicher Erhöhungen der Sozialversicherungsabgaben und Einkommenssteuer zu bekennen, worauf Miliband keine Antwort hatte: Eine politische Fehlkalkulation von *Labour*, ein Punktgewinn für Cameron.

Hinsichtlich der eigentlichen TV-Duelle einigte man sich schließlich nach wochenlangen Diskussion und gegenseitigen Vorwürfen zwischen Wahlkampfteams, Spitzenkandidaten und TV-Sendern auf ein relativ komplexes und vielschichtiges Konzept. Lange hatte sich David Cameron geweigert ein direktes TV-Duell mit Ed Miliband zu führen. Aus seiner Position wahlkampftaktisch durchaus verständlich, lag und liegt er doch in allen Umfragen hinsichtlich Führungsstärke und persönlicher Autorität weit vor Miliband und hatte von daher wenig Anlass seinem direkten Kontrahenten eine Plattform anzubieten um diesen Abstand ggf. zu verkürzen. Sein Vorschlag war auf eine Debatte mit allen sieben Spitzenkandidaten fokussiert (ein denkbar schwerfälliges Format, was aber letztlich auch akzeptiert wurde), um so das direkte Duell zu umgehen. Von Miliband aber auch Farage (UKIP) wurde ihm deshalb erwartungsgemäß „Feigheit“ und „doppelter Standard“ vorgeworfen (er selbst hatte im Wahlkampf 2010 als Herausforderer dem damaligen *Labour* Prime Minister Gordon Brown noch vorgehalten, dass er einem solchen direkten Duell nicht ausweichen dürfe, da die Wähler ein Recht auf eine solche Gegenüberstellung hätten).

Letztlich einigte man sich auf insgesamt 4 unterschiedliche Formate:

25.3. Auftritt von Cameron und Miliband, jeweils getrennt in einem 20-minütigen Interview mit Jeremy Paxmann und einem ebenso langen Frage-und-Antwort-Spiel mit Studiogästen.

2.4. TV Debatte mit allen sieben Parteiführern: David Cameron, Ed Miliband, Nick Clegg (LibDem), Nigel Farage (UKIP), Nicola Sturgeon (SNP), Leanne Wood (Plaid Cymru) und Natalie Bennet (Greens).

16.4. TV Debatte der „Herausforderer“ (Vertreter der Oppositionsparteien SNP, Labour, UKIP, Greens, Plaid Cymru).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

FERRIS STORKE

31. März 2015

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

30.4. Jeweils 30-minütige, getrennte Interviews in der BBC-Question Time mit David Cameron, Ed Miliband und Nick Clegg.

Einerseits mag man diese etwas verwirrenden und unterschiedlichen Formate kritisieren und das große direkte TV-Duell vermischen, andererseits spiegelt dies auch die aktuelle politische Lage wieder: abnehmende Bedeutung der großen Volksparteien, Fragmentierung der Parteienlandschaft und steigende Bedeutung (bis hin zur Mehrheitsbeschaffung) kleinerer Parteien.

Das erste „Duell“ vom 25.3. hatte einen eindeutigen Sieger: Moderator Jeremy Paxmann, ein Veteran in der britischen TV-Landschaft (25 Jahre lang moderierte er die BBC Newsnight). Er „grillte“ beide Kandidaten mit direkten, unbequemen und persönlichen Fragen und ließ beide wie nachfolgend süffisant kommentiert wurde, wie „zwei Schuljungen erscheinen, die beim Rauchen auf der Schultoilette erwischt wurden“.

Unmittelbare Umfragen sahen zwar Cameron am Ende leicht vorne, Miliband hatte jedoch sein Ziel erreicht: er verkürzte zweifelsohne den „Imageabstand“ zu Cameron durch einen souveränen Part vor den Studiogästen und einem durchaus couragierten wenn auch letztlich nicht wirklich überzeugenden Auftritt Paxmann gegenüber. Er übertraf somit die Erwartungen (bzw. Befürchtungen), wobei hingegen Cameron nervöser als erwartet und weniger souverän war als sich dies seine Anhänger sicher gewünscht hätten. Paxmann aber setzte seine Nadelstiche dort, wo es am meisten schmerzte: Leadership-Qualitäten von Miliband, soziale Abgehobenheit von Cameron. Wer hingegen inhaltliche Positionierungen oder Klärungen erwartet hatte, wurde enttäuscht, da gab es nur allgemeine (und mittlerweile bekannte) Phrasen. „Auf die Wirtschaft kommt es an“ (Cameron) bzw. „Nur wir retten den NHS [das nationale Gesundheitssystem]“ (Miliband).

Die Freude bei *Labour* über eine YouGov Umfrage am Wochenende nach dem Duell mit einem 4% Vorsprung vor den *Conservatives* währte hingegen nur kurz. Lord Ashcroft Polls vom 31.3. relativierten dies wieder mit *Conservatives* bei 36% und *Labour* bei 34%.

### Themen und Positionen

Die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf wird auf zwei Ebenen ausgetragen: Persönlichkeit und Inhalte.

Hinsichtlich der Persönlichkeiten ist die Ausgangslage klar: Der Amtsinhaber David Cameron hat 5 Jahre „Berufserfahrung“ in der Downing Street nachzuweisen, seinem Herausforderer Ed Miliband trauen dies selbst zahlreiche *Labour* Anhänger nicht zu. Zudem trauern einige noch dem älteren Bruder David Miliband nach, den viele für den geeigneteren Prime Minister halten. Diese Wahrnehmung zu ändern ist die größte Herausforderung für *Labour* im Wahlkampf. Das erste TV-Duell kann da durchaus als kleiner Erfolg gewertet werden.

Thematisch gibt es einige zentrale Themen, die im Wahlkampf eine herausragende Rolle spielen werden.

Für die *Conservatives* wird die **Wirtschaftspolitik** das zentrale Thema sein. Sie streben eine Fortsetzung des bisherigen Sparkurses an, um mittelfristig das Haushaltsdefizit ausgleichen. Der Tory-Wahlkampfmanager Lynton Crosby verfolgt die Strategie, den wirtschaftlichen Erfolg der Partei zum Herzstück des Wahlkampfs zu machen. So sind heute 1,85 Mio. Briten mehr beschäftigt als noch zu Camerons Amtsantritt, was einer Arbeitslosenquote von 6%, und somit den niedrigsten Stand seit 2008, entspricht.

Finanzminister Osborne nutzte die letzte Vorstellung des Staatshaushalts für die kommende Legislaturperiode, um die positive wirtschaftliche Entwicklung hervorzuheben und für die Fortführung dieser Politik zu werben. Er betonte, dass es aufgrund der guten Wirtschaftslage sogar bereits früher als geplant möglich sein werde, den oft kritisierten Sparkurs der Regierung abzuschwächen. Laut Umfragen unterstützen aktuell 42,3% der Bevölkerung die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Im Gegensatz dazu stehen *Labour*, sowie die *Liberal Democrats*, die *Greens* und die *Scottish National Party* (SNP) für ein Abrücken vom Sparkurs und einen großzügigeren Sozialstaat. *Labour* fordert Steuererhöhungen vor allem für Großverdiener, höhere Abgaben auf Boni-Zahlungen, schärfere Sanktionen gegenüber Steuersündern und eine Teilverstaatlichung des Schienennetzes. Die SNP fordert bis 2020 sogar Mehrausgaben von 180 Milliarden Pfund um die Wirtschaft anzukurbeln. Die *Liberal Democrats* wollen zwar, wie ihr aktueller Koalitionspartner die Staatsverschuldung verringern, planen jedoch anstatt der Kürzung von Sozialleistungen, die Bankenindustrie und Großverdiener stärker zu besteuern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

FERRIS STORKE

31. März 2015

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

Für die Labour-Partei steht das staatliche **Gesundheitssystem NHS** im Mittelpunkt. Sie werfen den *Conservatives* vor, dieses „kaputtsparen“ zu wollen. Laut *Labour* ist die in den Medien häufig diskutierte Misere des NHS auf die Kürzungen des Gesundheitsetats durch die Regierung zurückzuführen, weshalb die Partei höhere Ausgaben fordert. Die *Greens* planen sogar eine Wiederverstaatlichung des NHS, um den Problemen beizukommen.

Auch die *Liberal Democrats* setzen sich für eine Aufstockung des Gesundheitsetats ab 2020 um 8 Milliarden Pfund jährlich ein.

Neben dem Thema Gesundheit ist die Erhöhung des **Bildungsetats** das Kernthema der *Liberal Democrats*. Die *Greens* vertreten einen ähnlichen Standpunkt und fordern sogar die komplette Abschaffung der Studiengebühren. *Labour* sieht auch eine Veränderung der Bildungspolitik vor, plant jedoch lediglich eine Obergrenze der Gebühren von 6.000 Pfund. Die dafür benötigten 2 Milliarden Pfund sollen durch Kürzungen von Steuererleichterungen für Rentenfonds finanziert werden. Die *Tories* hingegen wollen den Bildungsetat auf dem jetzigen Niveau einfrieren und planen stattdessen, rund 500 neue „free schools“ zu bauen.

Einig sind sich alle Parteien darin, dass das Problem der hohen **Mietpreise** dringend gelöst werden muss. Die Lösungsansätze gestalten sich jedoch sehr unterschiedlich: So setzen die *Conservatives* darauf, neue Wohnungen zu bauen, damit die Mietpreise fallen. Außerdem sollen rund 200.000 junge Briten einen staatlichen Zuschuss von 20% des Kaufpreises ihres ersten Eigenheims erhalten. *Labour* hingegen will das Mietpreisproblem lösen, indem Maklergebühren abgeschafft, 200.000 Eigenheime neu gebaut und Mieten für drei Jahre eingefroren werden. UKIP sieht die ungebremste Einwanderung als Ursache für die Wohnungsnot, die zu steigenden Mietpreisen führt. Zusätzlich zur Einwanderungsbeschränkung plant die Partei auf brachen Industrieflächen neuen Wohnraum zu schaffen.

Auch in Bezug auf die Ausgaben zur **Verteidigung** des Landes verfolgen *Labour* und *Tories* eine ähnliche Politik, welche eine Fortsetzung der Etatkürzungen vorsieht. Laut Aussagen des ehemaligen britischen Armeechefs seien die Verteidigungsausgaben seit Antritt der aktuellen Regierung bereits um 10% gesunken und Cameron zeige sich nicht bereit, sein damaliges Versprechen einzulösen, den Etat ab 2015 wieder zu erhöhen. Der SNP gehen die Kostenein-

sparungen nicht weit genug, sie möchte die Ausgaben noch weiter kürzen und setzt sich vehement für den Abzug der mit Atomraketten ausgerüsteten britischen U-Boot-Flotte „Trident“ aus Schottland ein. Dieses Thema zählt auch zu einer der Hauptforderungen, welche die Partei an einen potentiellen Koalitionspartner stellen würde.

Ein zentrales Thema wird ferner der Umgang mit der in den letzten Jahren stark gestiegenen **Immigration** sein. In den Augen der Wähler ist dieses Thema laut Umfragen sogar eines der wichtigsten Wahlkampfthemen. Die Pläne der britischen Regierung sahen zu Beginn der Legislaturperiode noch vor, lediglich 100.000 neue Einwanderer aufzunehmen. Laut Berechnungen wanderten im vergangenen Jahr jedoch netto über 292.000 Menschen nach Großbritannien ein. Hintergrund ist die sich rapide erholende britische Wirtschaft und die damit verbundenen Jobangebote, die eine enorme Sogwirkung entfalten, insbesondere vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur in Südeuropa.

Die meisten Parteien tun sich mehr oder minder schwer mit dem Thema und versuchen den Spagat zwischen dem Stolz auf die Attraktivität Großbritanniens und seiner traditionellen Offenheit einerseits und der steigenden Fremdenfeindlichkeit andererseits zu bewältigen.

*Labour* plant, anstatt Einwanderungskontingente zu schaffen, gezielt spezifische Einwanderergruppen in das Land zu holen und will sicherstellen, dass es durch die neue Einwanderung nicht zu Lohndumping kommt. Die *Conservatives* setzen mehrheitlich auf strengere Regelungen bei den Sozialleistungen, um so die sog. *welfare migration* einzudämmen. Lediglich UKIP (und Teile der *Conservatives*) wollen hier eine klare Quotierung (etwa nach australischem Muster) zur quantitativen Beschränkung einführen. Cameron selbst hat dies in seiner Novemberrede zum Thema Migration mit Blick auf die kaum zu verändernde EU-Freizügigkeit vorerst nicht mehr weiter verfolgt.

### Europa doch ein Thema?

Auch wenn in den Präferenzen und Prioritäten der britischen Bevölkerung Europa bzw. die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens keine herausragende Rolle spielt, wird dies im Wahlkampf aus unterschiedlichen Gründen thematisiert:

UKIP hat es verstanden das (aus der Sicht der Bevölkerung) drängende Problem der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

FERRIS STORKE

31. März 2015

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

Immigration kausal mit der EU-Mitgliedschaft zu verbinden und macht von daher mit einem dezidierten EU-Austrittsversprechen Wahlkampf (da nur so die Hoheit über die eigenen Grenzen wiederzuerlangen sei).

Die *Conservatives* fokussieren die EU-Diskussion auf das von ihnen versprochene Referendum im Jahr 2017 in dem Sinne, dass nur eine *Conservative*-Regierung Garant dafür sei, dass die britische Bevölkerung sich diesbezüglich äußern dürfe.

*Labour* hingegen hat das EU Thema insofern für sich „entdeckt“, als über diesen Weg die britische Wirtschaft und der Finanzsektor angesprochen werden sollen. Sie gehen dabei auf Signale aus diesen Kreisen ein, die sich immer deutlicher für einen Verbleib Großbritanniens in der EU äußern bzw. auf die nachhaltigen Probleme verweisen, falls Großbritannien die EU verlässt. *Labour* argumentiert dahingehend, dass das Referendum der Tories zwei Jahre (bis 2017) Ungewissheit bedeutet, während *Labour* für einen Verbleib in einem „reformed Europe“ sei (womit sie durchaus die Diktion Camerons aufnehmen, ohne aber auch zu definieren, woraus genau die Reformen bestehen sollen). Diese Linie wurde im zum Wahlkampfbeginn veröffentlichten „Business Manifesto“ vorgestellt, welcher mit einer ganzseitigen Annonce in der *Financial Times* vom 30.3. begleitet wurde, in der diverse Business-Leader mit pro EU-Aussagen zitiert (u.a Siemens UK Chief Executive Juergen Maier) werden und *Labour* proklamiert: „*The biggest risk to British business is the threat of an EU exit. We will deliver reform, not exit.*“

So explizit hatte sich *Labour* bis dato nicht zur EU-Mitgliedschaft geäußert, implizit ist damit auch klar, dass ein Referendum bei *Labour* nicht auf der Agenda steht. Allerdings war dieser Schulterchluss mit der Wirtschaft den zitierten Unternehmern nun auch wieder zu viel des Guten. So zeigten sich diese stellenweise verärgert über die parteipolitische Vereinnahmung.

### Scotland rules

Auch wenn ein erster Blick auf die landesweiten Umfragen dies nicht nahelegt, werden am 7.5. fast alle Augen nach Schottland gerichtet sein, da sich dort der wohl bedeutendste politische Wandel vollziehen wird. Die *Scottish National Party*, SNP, hat trotz der Niederlage im Referendum einen enormen Zulauf an Mitgliedern und Sympathisanten zu verzeichnen und schickt sich an

die politische Landkarte Schottlands erdrutschartig zu verändern. Allen Umfragen zur Folge, wird die bisher dominante *Labour Party* in Schottland ein politisches Waterloo erleben. Die SNP hingegen wird zwischen 40 und 50 der 59 schottischen Parlamentssitze für sich gewinnen und damit voraussichtlich zur dritt stärksten britischen Partei auf nationaler Ebene aufrücken. Damit könnte der SNP bei der Regierungsbildung eine Schlüsselrolle zukommen.

### Koalition oder Opposition

Bedingt durch die mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende Situation, dass keine der beiden großen Parteien allein eine Mehrheit erzielen kann, stehen beide vor der Herausforderung entweder Kompromisse zu machen und eine (ungeliebte) Koalition oder zumindest ein Duldungsbündnis einzugehen, oder in der Opposition zu landen. Zwar ist eine parlamentarische Mehrheit keine Bedingung zur Regierungsbildung (Minderheitsregierungen sind im britischen System durchaus möglich), allerdings ist dann mit unruhigen und ungewissen politischen Zeiten zu rechnen.

Sowohl *Labour* wie auch *Conservatives* versichern zwar öffentlich die Mehrheit anzustreben und keine Koalition zu wollen, die Realität sieht aber wohl anders aus.

Aus der Sicht von *Labour* erscheint das Szenario eines Prime Ministers Ed Miliband mit einer Duldung und konditionierten Unterstützung durch die SNP als ein denkbares wenn auch riskantes Szenario. Es könnte zu einer parlamentarischen Mehrheit reichen, selbst wenn die *Conservatives* stärkste Partei werden. Alex Salmond, der ehemalige schottische First Minister und voraussichtliche Fraktionsführer der SNP im Unterhaus hat bereits lautstark angekündigt, dass im neuen Parlament nichts mehr ohne die SNP gehen werde. Eine Drohung in beide Richtungen: er hat angekündigt eine Minderheitsregierung der *Tories* gemeinsam mit *Labour* innerhalb kürzester Zeit mit einem Misstrauensvotum zu Fall zu bringen und andererseits *Labour* klar gemacht, dass die Unterstützung einer *Labour* Regierung nur mit weiteren (auch finanziellen) Sonderkonditionen für Schottland zu bekommen sei.

Innerhalb der *Labour* Partei besteht jedoch weiterhin großer Widerstand gegenüber dieser Koalition. 51% der befragten Unterstützer der Partei sehen eine solche Koalition negativ und fordern von Miliband, diese kategorisch auszuschließen. Ihr Hauptkritikpunkt ist, dass eine Zusammenarbeit mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROSSBRITANNIEN

HANS-HARTWIG BLOMEIER

FERRIS STORKE

31. März 2015

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

der SNP unverantwortlich sei, da die SNP das Vereinigte Königreich aufspalten wolle.

Da die SNP eine Koalition mit den *Conservatives* ausgeschlossen hat (die Abneigung beruht im Übrigen auf Gegenseitigkeit), besteht für die *Conservatives* nur noch die Möglichkeit eine erneute Koalition mit den *Liberal Democrats* und/oder der nordirischen *Democratic Unionist Party* einzugehen. Ob dies mathematisch überhaupt zur Mehrheit reicht, darf derzeit auf Grund der Umfragen bezweifelt werden. Zumindest hat man sich aber diese Tür offen gehalten und bei aller Wahlkampfrhetorik nicht alle vorhandenen Tischtücher zerschnitten. Der in der Regel in Tory-Kreisen gut informierte *Spectator*<sup>2</sup> spricht sogar in seiner jüngsten Ausgabe von einem „*return to the rose garden*“ und spekuliert offen über eine Fortsetzung der Koalition – auch gegen heftige parteiinterne Widerstände auf beiden Seiten.

Möglichkeiten einer Großen Koalition nach deutschen Vorbild sind im britischen politischen Denken (noch) unvorstellbar und eine formale Koalition mit UKIP (wie sie Nigel Farage offensiv mit der Forderung eines EU-Referendums noch im Jahr 2015 ins Spiel gebracht hat), sollte auf Grund der absehbar geringen Zahl von UKIP Abgeordneten für die *Tories* irrelevant sein.

Großbritannien steht beileibe nicht nur vor einer spannenden und in hohem Masse ungewissen Unterhauswahl. Die jetzige Situation macht deutlich, dass im britischen Parlamentarismus nicht nur das Parlamentsgebäude in Westminster dringend einer Renovierung bedarf, wie Oxford Professor Timothy Garton Ash richtigerweise anmerkte<sup>3</sup>. Die Tatsache, dass es aller Voraussicht nach zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens zu zwei aufeinanderfolgenden Koalitionsregierungen kommen wird, macht deutlich, wie komplex die politische Landschaft des Landes geworden ist und dass es sich dabei keinesfalls nur um eine Momentaufnahme handelt: Das aktuelle Wahlsystem korrespondiert nicht mehr mit der Parteienlandschaft, und die tiefe Spal-

tung des Vereinigten Königreichs wird durch den Auftrieb der nationalistischen Bewegung in Schottland und UKIPs Erfolg, englische Identitätspolitik zu betreiben, verstärkt.

Außenpolitisch muss sich Großbritannien ebenfalls neu orientieren. Immer deutlicher wird angemerkt, dass das Vereinigte Königreich sich selbst ins Abseits zu manövrieren droht. Das Kokettieren und Drohen mit dem EU-Austritt aber auch die Nebenrolle, die Großbritannien in der politischen Auseinandersetzung mit Russland und der Ukraine spielt sowie die nachlassenden Bindungskräfte zu den USA, sind deutliche Zeichen für diese schwindende Bedeutung. Ein Großbritannien im Herzen Europas, wie zuletzt wieder von John Major gefordert, wäre jedoch sowohl für Europa wie auch für Großbritannien essentiell.

In einem Artikel in der *Financial Times*<sup>4</sup> erklärte Professor Vernon Bogdanor vom King's College, dass diese Entwicklung zu „einer wachsenden Differenz zwischen den konstitutionellen und politischen Strukturen früherer Zeiten und der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit der heutigen Zeit“ führe. Wollte man ein Auseinanderbrechen des Vereinigten Königreichs verhindern, müsse man eine neue konstitutionelle Lösung finden, welche die Macht zwischen den vier Nationen des Landes besser verteile. Zu Bogdanors Studenten in Oxford zählte einst auch der junge David Cameron. Sollte er nach den Wahlen im Mai seine zweite Amtszeit antreten, wird auf ihn die schwierige Aufgabe zukommen, die großen nationalen Herausforderungen zu meistern und eine neue Rolle Großbritanniens in Europa und dem Rest der Welt zu finden

<sup>2</sup> James Forsyth, *Spectator* vom 28.3.2015

<sup>3</sup> siehe: “It is not just parliament’s buildings that require extensive renovation”  
<http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/mar/27/parliament-lawmakers-pmqgs-special-advisers>

<sup>4</sup> The great fragmentation by Philip Stephens, *FT* vom 25.2.15